P r o t o k o l l
der 10. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Wohnungswesen
der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf von Berlin
am 11. Juni 2003

Beginn: 16:37 Uhr Ende: 18:00 Uhr

Anwesende: siehe Anwesenheitsliste

TOP 1 Bürgerfrage-Viertelstunde

Anfragen gemäß § 18 GO BVV liegen nicht vor.

TOP 2 Protokolle

Das Protokoll aus der 8. Sitzung wird angenommen.

TOP 3 Anträge

TOP 3.1 Geschäftsöffnungszeiten in der Schloßstraße
Drucksache: 124 / II SPD

BV Ronnisch berichtet, dass es am vergangenen Sonnabend in der Schloßstraße wieder zu sehr unterschiedlichen Öffnungszeiten gekommen ist und bittet, den Antrag anzunehmen.

BzStR Laschinsky teilt mit, dass Gespräche mit der AG Schloßstraße und dem Teltower Damm laufen. Er weist aber darauf hin, dass die Entscheidung über Schließzeiten jedem einzelnem Gewerbetreibenden im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben selbst obliegt. Das Bezirksamt hat keine gesetzliche Handhabe.

BV Rolle sagt hierzu, dass die CDU-Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen wird, weil eine Realisierung des Antrages unmöglich sein wird. Im Hinblick hierauf findet Frau BV Markl-Vieto es absurd, vorher schon von einem Ergebnis zu sprechen, bevor eine Prüfung erfolgt ist.

BV Birth erinnert an die Initiative Albrechtstraße, die sehr erfolgreich mit Unterstützung des Wirtschaftsamtes gearbeitet hat und noch arbeitet.

Auf die Nachfrage von BV Adam, wie viele Gespräche mit den Geschäftsleuten bezüglich der einheitlichen Schließzeiten geführt worden seien, antwortet BzStR Laschinsky, dass vier Gespräche geführt worden sind. Als Grund der Ablehnung wurde genannt, dass das Konsumverhalten der Bevölkerung zurzeit sehr zurückhaltend ist und nur Unkosten für die Händler entstehen.

Mit 6 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und eine Enthaltung wird der Antrag abgelehnt**.**

TOP 3.2 Schließung des Wohnungsamts
Drucksache: 373 / II FDP

Der Vorsitzende des Ausschusses äußert, dass dieser Antrag im Hinblick auf die Erläuterung des Amtes in den vorangegangen Sitzungen erledigt sei und zurückgezogen werden kann.

Der Ausschuss bittet das Bezirksamt um einen Sachstandsbericht.

BzStR Laschinsky berichtet, dass es zur organisatorischen Ansiedlung des Wohnungsamtes im Falle der Antragsannahme noch keine abschließende Haltung des Bezirksamtes gibt, da die Beschlüsse aus der vorletzten und letzten Sitzung der BVV dem Bezirksamt erst zum Ende der vergangenen Woche zugegangen sind.

Nach der sich anschließenden Diskussion bittet die FDP als antragstellende Fraktion wegen Beratungsbedarf um Vertagung des Antrages**.** Dem wird zugestimmt**.**

TOP 3.3 Abschaffung der Belegungsbindung
Drucksache: 684 / II FDP

Die CDU-Fraktion hatte in der letzten Sitzung um Vertagung gebeten.

Nach kurzer Begründung durch die FDP-Fraktion teilt BzStR Laschinsky mit, dass in dem Antrag drei unterschiedliche Sachen miteinander verbunden sind und klar von einander zu trennen sind. Er kann in dem Antrag nicht erkennen, dass die in Ost-Berlin ansässigen Wohnungsbaugesellschaften einen Vorteil haben, da es das einzige Steuerungsinstrument, das der Senat wohnungswirtschaftlich noch hat. Zum Wohnberechtigungsschein und zur Belegungsbindung stellt er klar, dass diese von einander unabhängig betrachtet werden müssen. Der Wohnberechtigungsschein ermöglicht einem Wohnungssuchenden eine Sozialbauwohnung zu beziehen. Die Belegungsbindung richtet sich an den Vermieter, seine Wohnungen nur an einen bestimmten Personenkreis vermietet zu können.

Nach der sich anschließenden Diskussion bittet die FDP-Fraktion wegen Beratungsbedarf um Vertagung des Antrages**..** Dem wird zugestimmt**.**

TOP 3.4 Einrichtung eines “Job-Points” im Bezirk Steglitz-Zehlendorf
Drucksache: 675 / II CDU

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Antrag im mitberatenden Ausschuss für Soziales und Grundsicherung einstimmig angenommen wurde.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen. Dieser wird einstimmig angenommen.

TOP 3.5 Briefkastenklau auch in Steglitz-Zehlendorf
Drucksache: 710 / II (neu) SPD, CDU, GRÜNE

BzStR Laschinsky bittet den Pkt. 3 des Antrags ersatzlos zu streichen, weil das Bezirksamt nicht in der Lage ist, ein vertretbares Standortkonzept für Postkästen zu erarbeiten. Die "PUDLV" enthalte gegenüber der Deutschen Post AG die Vorgabe, Briefkästen in der Regel nicht weiter als 1000 m einzurichten. Das Bezirksamt ist bereit, gegenüber der Deutschen Post AG und der Regulierungsbehörde zu protestieren.

BV Markl/Vieto beanstandet, dass im Bereich von Seniorenwohneinrichtungen gleich zwei Briefkästen abgebaut wurden.

Die CDU-Fraktion beantragt, Pkt. 2 des Antrages ersatzlos zu streichen und in Pkt. 3 das letzte Wort durch "erhalten" zu ersetzen; dies wird von der antragstellenden Fraktion übernommen. Mit dieser Maßgabe wird der Antrag einstimmig angenommen.

TOP 4 Bericht aus dem Bezirksamt

BzStR Laschinsky berichtet

a) aus dem Bereich Wirtschaft über

- die Beendigung des zeitlich befristeten Projekts "Regionale Wirtschaftsförderung", das mit Hilfe von Mitteln des Arbeitsamtes Berlin-Südwest zur Stabilisierung des Einzelhandels abseits der Steglitzer Schloßstraße beigetragen hat; eine ähnliche Initiative beginnt auf der gleichen Grundlage ab Juli 2003 für die dezentralen Einkaufsbereiche in Zehlendorf; wie notwendig solche stützenden Maßnahmen sind, belege u.a. auch in der Schließung eines Lebensmittelgeschäftes am Hohenzollernplatz in Nikolassee, durch die die Versorgung der dort wohnenden älteren Mitbürger beeinträchtigt wird, und anzeigepflichtige Entlassungen nach § 17 KSchG durch die Otto Reichelt GmbH infolge massiver Umsatzeinbrüche;

- die Entwicklung der Gewerbeanzeigen und Insolvenzen im Bezirk

Jahr	Gewerbe-		
	Anmeldungen	Abmeldungen	Insolvenzen
1998	2 451	2 283	
2000	2 202	1 894	182
2001	1 810	1 735	229

- eine durch das Projekt "Regionale Tourismusentwicklung Steglitz-Zehlendorf" erfolgende Gästebefragung im Monat Juni 2003, deren Fragestellung sich an einem bundesweit formulierten Fragebogen orientiert, um verläßliche Vergleichsangaben zu erhalten. Er bietet dem Ausschuß eine entsprechende Präsentation nach der Sommerpause an;

- das Straßenfest der Aktionsgemeinschaft "Shop an Shop" am Steglitzer Damm vom 27. bis 29.06.2003, und weist auf die Eröffnung am 27.06. um 16.00 Uhr sowie auf einen Band-Wettbewerb am 29.06. von 15 bis 18 Uhr hin;

- die Neufassung der Vergabeverordnung vom 11.02.2003 (BGBl.I S. 170), die zusätzlich zu den bestehenden Regularien der VOB, VOL und VOF das öffentliche Auftragswesen im Dienstleistungssektor oberhalb der EU-Schwellenwerte regelt;

b) aus dem Bereich *Wohnen* über

- die Entwicklung von Ausgaben für Tabellenwohngeld, nach der die Abweichung zum anteiligen Ansatzvolumen im Monat Mai eine Überschreitung von 1, 3 Mio. ergibt; ursächlich hierfür sind eine Anhebung der Mietenstufen durch die Änderung des Wohngeldgesetzes ab 01.10.2002 sowie bisher rd. 250 zusätzliche Anträge anläßlich des Inkrafttretens des Grundsicherungs-gesetzes, durch das das mit Sozialhilfe ausgezahlte Pauschalierte Wohngeld durch den Bezug von Tabellenwohngeld abgelöst worden ist, und die durch Personalumschichtung innerhalb des Wohnungsamtes aufgefangen werden müssen

TOP 5 Verschiedenes

Die nächste Ausschuss-Sitzung findet im September 2003 statt.

Vorsitzender: BV Müller
Schriftführer: BV Kühnast
Protokoll: Reyer 18.07.2003